

Energie

Jamaika gegen Nord Stream 2

Unter den Partnern des möglichen Jamaikabündnisses formiert sich Widerstand gegen die geplante Gaspipeline Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland. „Die neue Koalition sollte das Thema nicht aus dem Blickwinkel einzelner Unternehmen oder gar einzelner Personen betrachten“, warnt der bisherige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU). Eine zunehmende Zahl europäischer Staaten betrachte das Projekt als ein Thema von strategischer Bedeutung. Der frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Link, fordert ebenfalls, das Projekt zu überprüfen. Die FDP wolle die EU weniger abhängig von russischer Energie machen und stattdessen eine gemeinsame EU-Energiepolitik. „Beide Ziele passen schlecht zum Nord-Stream-2-Projekt.“ Unterstützung erhalten die beiden vom stellvertretenden



Pipeline-Röhren in Sassnitz

Grünenfraktionschef Oliver Krischer. „Das Projekt bremst die erneuerbaren Energien aus und ist ein Spaltpilz für Europa“, sagt er. „Das Pipelineprojekt erhöht lediglich die Abhängigkeit vom autokratischen Präsidenten Putin.“ Nord Stream 2 soll die schon bestehende Pipeline um zwei Röhren ergänzen. Damit könnte künftig doppelt so viel Gas direkt aus Russland nach Deutschland transportiert werden. Die EU-Kommission und mehrere europäische Staaten haben sich gegen das Projekt ausgesprochen. ran

Parteien

REPs vor dem Ruin

34 Jahre nach ihrer Gründung stehen die rechtsgerichteten Republikaner (REP) offenbar vor dem finanziellen Aus. Laut ihrem letzten beim Bundestag eingereichten Rechenschaftsbericht rutschten die REPs bereits im Jahr 2014 mit über einer Million Euro in die roten Zahlen. Für 2015 haben sie bisher keinen Rechenschaftsbericht abgegeben. Seit 2016 scheiterte die Partei zudem bei allen von ihr bestrittenen Landtagswahlen an der Einprozenthürde und flog so aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Dadurch entgingen den REPs nicht nur Zuschüsse in sechs- bis siebenstelliger Höhe; auch bereits erhaltene Zahlungen müssen an die Bundestagsverwaltung zurückerstattet werden. Aktuell fordert diese rund 280 000 Euro – mehr als

dreimal so viel wie sämtliche Mitgliedsbeiträge aus dem Jahr 2014. Auf Anfrage räumt REP-Bundesvize André Maniera ein, dass die Partei nicht in der Lage sei, die Schuld zu begleichen. Bereits seit Juni 2016 liegt zudem eine weitere Rückforderung der Bundestagsverwaltung über 291 395,43 Euro vor, die in den Jahren 1998 bis 2000 zu Unrecht an die REPs geflossen seien. Hintergrund sind falsche Rechenschaftsberichte und ein offenbar über Jahre praktiziertes Geldbeschaffungssystem mittels frasierter Spendenquittungen (SPIEGEL 5/2008). Gegen diesen Bescheid haben die REPs Klage beim Berliner Verwaltungsgericht eingereicht. Darüber hinaus droht der Partei, die laut Maniera angeblich noch knapp 4500 Mitglieder hat, ein Zwangsgeld wegen des ausstehenden Rechenschaftsberichts für 2015. srö, was

Stiftungen

Postenstreit in der Adenauer-Stiftung

Um die Leitung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) bahnt sich ein Postengerangel an. Mehrere Vorstandsmitglieder der Stiftung, darunter die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, wollen den Spitzenposten neu besetzen, doch der amtierende Vorsitzende Hans-Gert Pöttering möchte nicht weichen. Anfang Dezember steht turnusmäßig eine Neuwahl an, und Pöttering, einst Präsident des Europaparlaments, erklärte auf der letzten Vorstandssitzung der KAS am 13. Oktober, er stehe erneut zur Verfügung. Dabei ist Pöttering bereits 72 Jahre

alt. In Merkels Umfeld werde erwogen, berichten Eingeweihte, Ex-Wissenschaftsministerin Annette Schavan, 62, zur KAS-Chefin zu machen. Noch bekleidet sie den Botschafterposten beim Heiligen Stuhl in Rom. Gegen Schavan spricht allerdings, dass die Adenauer-Stiftung Promotoren fördert und Schavan der Dokortitel 2013 aufgrund von Plagiatsvorwürfen aberkannt wurde. Damit verlor sie ihren akademischen Abschluss. Andere CDU-Granden stehen vermutlich nach der Kabinettsbildung ohne Amt da und könnten dann mit der KAS-Leitung getrübt werden. Eine Vorstandssitzung Ende November soll eine Kampfkandidatur verhindern. ama, klw

EU-Türkei-Deal

Deutschland will weniger zahlen

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will den Beitrag Deutschlands für das Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei reduzieren. Dies geht aus einem Schreiben der EU-Nettozahlerländer Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Schweden und Deutschland an die EU-Kommission hervor. Darin vertreten die Länder die Meinung, die Flüchtlingshilfe für die Türkei solle vollständig aus dem EU-Budget bezahlt werden. Im Rahmen des Türkeiabkommens hatte sich Ankara im März 2016 verpflichtet, Flüchtlinge aus Griechenland zurückzunehmen. Für die Un-

terbringung und Versorgung syrischer Flüchtlinge sollte die Türkei sechs Milliarden Euro in zwei Teilen erhalten, Deutschland steuerte bei der ersten Tranche rund 500 Millionen Euro bei, aus dem EU-Budget kommt eine Milliarde. Jetzt, da die zweite Tranche ansteht, bildet das Schreiben einen auffälligen Widerspruch zu Äußerungen Merkels beim jüngsten EU-Gipfel, wonach die Türkeihilfe gut angelegtes Geld sei. Deutsche Diplomaten werten das Papier deshalb eher als Einstieg in schwierige Finanzverhandlungen mit der Kommission. Dort heißt es, wenn die Behörde mehr Geld für die Türkei ausgeben müsse, dann fehle es eben an anderen Brennpunkten. csc, mp



Flüchtlingskinder vor Merkel-Besuch im Camp in Gaziantep 2016